

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsstellen und den Postämtern 2 W.M. im Monat, bei Bestellung durch die Posten 2,30 W.M., bei Vorbestellung 10 W.M. für 10 Nummern. Einzelnummern 1 W.M. 10 Pf. für 10 Nummern. Postbestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Dresdener Straße 2640. Die Redaktion ist an der Adresse der Zeitung oder Abnahme des Bezugspreises. — Abbestellung einzelner Nummern erfolgt nur, wenn vorher benachrichtigt.



Verlegerpreis: Die 8 gesonderte Nummer 20 Pf., die 4 gesonderte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3 gesonderte Reichsmark im restlichen Teile 1 Reichsmark. Nachmittagsausgabe 20 Reichsmark. Sonntagsausgabe 10 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist an der Adresse der Zeitung oder Abnahme des Bezugspreises. — Abbestellung einzelner Nummern erfolgt nur, wenn vorher benachrichtigt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 278. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 30. November 1927

## Traurige Berühmtheit.

In eines der trübsten Kapitel, vielleicht das trübste, hat der Prozeß zurückgeführt, der vor einem Berliner Amtsgericht geführt wurde und so dramatisch mit der sofortigen Verhaftung eines Zeugen wegen Verdachts des Meineids endete. Denn hinter diesem Verleumdungsprozeß erhob sich der Geist Schlageters, ging es um die Frage, wer ihn den Franzosen in die Hände gespielt hatte einst im Kurlamp. Nur einer von den beiden, die sich gegen die Verleumdung gewehrt hatten, die Vertreter eines deutschen Volksgenossen gewesen zu sein, verließ den Saal. Als — Beurteilter. Der andere wurde abgeführt.

Gener durfte hinausgehen. Denn ihn, den überführten Verräter, vermag wegen seiner Untat ein deutsches Gericht nicht mehr zu paden. Davor schützt ihn die Amnestie, die 1924 wegen aller Geschehnisse während des Kampfes vor sich ging. Er geht hinaus mit dem Kaiserzeichen des Brudermordes auf der Stirn. Denn er und der nun auch noch meinedig gewordene Genosse tragen die Blutschuld dafür, daß Schlageter von den Franzosen erschossen wurde.

Jahre sind seitdem vergangen und der Streit, der damals auch im unbesiegt Deutschland um die Frage tobte, ob der „passive Widerstand“ allein genügt oder durch einen aktiven ergänzt werden müßte, ist vom Schicksal entschieden worden: Deutschland war uneinig selbst in dieser Zeit. Immer schon war gemunkelt worden, daß bei dem, was Schlageter erleiden mußte, Verrat im Spiel gewesen sei. Verrat durch eigene Volksgenossen, die von den Franzosen und Belgiern gekauft waren. Für kumpisches deutsches Papiergeld. Auch andere Verhaftungen, Mißhandlungen Deutscher sollten zur Ursache den Verrat „Deutscher“ gehabt haben. Und doch gibt es jedem, dem deutsches Blut in den Adern fließt, auch jetzt noch geradezu einen Stich ins Herz, als festgelegt wurde, daß diese Gerichte Wahrheit sind.

Ob sie recht oder unrecht taten, Jung oder unjung handelten, diese Schlageter, Hansenstein und die Männer um sie — wer will es entscheiden! Und das braucht auch nicht entschieden zu werden, weil sie den festen Glauben befehlen, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Sie wußten, daß ihnen Mißhandlung und langjähriger Kerker, ja, daß ihnen für ihr Handeln der Tod drohte, wenn sie in die Fänge der Andreindroher fielen. Und doch wagten sie es.

Einst führte im Altertum beim Kampf um die Übermoppen ein Verräter das persische Heer den eigenen Volksgenossen in den Rücken und sein Name, Ephialtes, wuchs zu trauriger Berühmtheit, schwand niemals aus der Weltgeschichte. Jetzt geben im Gerichtsaal zwei Männer zu, Geld von den Franzosen dafür erhalten zu haben, daß sie Deutsche in die Hände der Franzosen lockten. Bei einem gelang es, bei Schlageter, bei anderen, die ein nicht ganz so schweres Schicksal hatten, ebenfalls; an diesen Verrätern lag es nicht, daß ihnen die Hauptbeute entzogen konnte, der Mann, den jene beiden zu verfluchen noch den traurigen Mut hatten. Hauptzeugen gegen sie sind frühere französische Kriminalbeamte, sind nicht etwa Deutsche, die durch die Verräterei bedroht waren. Sind — französische Kriminalbeamte! Das macht dies alles noch schamboller für uns Deutsche, noch — schamboller für jene beiden!

Gewiß, die Zeit jener Kämpfe ist vorbei; vieles von dem, was geschah, blieb im Dunkel, fast möchte man sagen: in einem wohlthätigen Dunkel. Ungestrahlt mag wohl noch so mancher in Deutschland herumgehen, dessen Opferjahrelang in französischen Kerker gelitten haben. Ungestrahlt bleibt auch jetzt noch einer, dem die Larve vom Gesicht gerissen worden ist. Ihn aber sprach nicht nur das Gericht das Urteil, — ihm spricht es ein ganzes Volk.

## Der Vorhang in Genf hebt sich

### Beginn der Abrüstungskonferenz.

Ankunft der deutschen Vertreter.

Zu der für den 30. November andereraumten ersten Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz ist der deutsche Gesandte Graf Bernstorff, ferner der Völkereferent in Berliner Auswärtigen Amt, Geheimrat von Bülow, Geheimrat von Weizsäcker sowie der militärische Sachverständiger Oberst von Büttner in Genf eingetroffen. Ebenso ist angekommen die englische Abrüstungsdelegation, darunter eine große Anzahl militärischer Sachverständiger, unter Führung des neu ernannten Delegierten Englands beim Völkerbund, Lord Cusheuden, weiter der französische Völkereferent Graf Clauzel. Paul-Boncour wird erwartet.

In Genf rechnet man allgemein damit, daß die diesmaligen Beratungen bis Mitte nächster Woche dauern werden. Die Wahl des chinesischen Gesandten in Paris, Tschinglo, zum Vorsitzenden der an die Abrüstungskonferenz anschließenden Tagung des Völkerbundes ist feststehend.

### Die Haltung Deutschlands.

Was die Stellungnahme Deutschlands zu den Abrüstungsberatungen anbelangt, so ist sie mehrfach und in unterschiedlicher Weise von maßgebender Stelle umrissen worden.

Die deutsche Delegation wird mit Nachdruck eine aktive Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen fordern und sich auch davon nicht abdrängen lassen, wenn von französischer und englischer Seite wieder die Forderung vorheriger größerer Sicherheit für beide Länder erhoben wird. Denn mit dem ewigen Gebete von genügender Sicherheit, die noch immer nicht erreicht sein soll, ist der ernstliche Wille zur Abrüstung nicht zu vereinbaren.

Natürlich ist eine Umgehung des Konfliktes Litauen — Polen kaum möglich. Kommt die Frage nicht schon in den Abrüstungsbesprechungen aufs Tapet, so ist bei der Ratstagung hierzu die Notwendigkeit schon durch den Appell gegeben, den Litauen nach Genf gerichtet hat. In Deutschland besteht selbstverständlich lebhaftes Interesse für die Erhaltung der Selbstständigkeit Litauens. Dieses Land bildet die letzte Brustwehr vor einer vollständigen Einschließung Ostpreußens durch polnisches Gebiet, das ja auf der anderen Seite durch den von ihm besetzten Korridor die Abschneidung vollenden würde.

### Das russische Rätsel.

Was werden die Russen vorschlagen? So forschen die Neugierigen seit der Ankunft der Sowjetdelegation

und manche Leute tun recht unterrichtet, wenn sie den Moskauern diese oder jene ersinnlichen Pläne zuschreiben.

Es heißt also, der Volkstammführer Litwinow werde der Vorbereitenden Abrüstungskommission weitgehende Abrüstungsvorschläge unterbreiten. Auf jeden Fall soll die Sowjetdelegation entschlossen sein, über den 3. Dezember hinaus in Genf zu bleiben, um zur Teilnahme an politischen Besprechungen zur Verfügung zu sein. Die russischen Vorschläge würden in einem allgemeinen Nichtangriffspakt und einer Abrüstungsabsetzung von etwa 50 Prozent gipfeln. Ein französisches Blatt meldet Knapp, die Russen würden beantragen, in den Abrüstungen aller Nationen solle ein zehnjähriger Stillstand eintreten. Während dieser Zeit müßten alle Ausgaben für Heer, Flotte und Luftschiffahrt auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Was an solchen Behauptungen Wahres ist, wird sich bald zeigen. Die russische Delegation selbst bewahrt äußerste Zurückhaltung. Litwinow hat dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, einen Höflichkeitbesuch abgestattet. Anschließend suchte Litwinow den Direktor der Abrüstungssektion des Völkerbundsekretariates auf, mit dem er eine Unterredung über den Stand der Abrüstungsverhandlungen sowie die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung der Abrüstungskommission hatte. Ferner hatte der deutsche Graf Bernstorff eine Unterredung mit Litwinow. Wegen der Anwesenheit der Russen hat das Völkerbundsekretariat große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Zulassungsfahrten sämtlicher Pressevertreter müssen mit der Photographie des Inhabers versehen sein. Man will verhindern, daß sich etwa jemand unter mißbräuchlicher Benutzung einer Pressekarte in das Völkerbundshaus oder den Sitzungssaal Eingang verschafft. Die Meldung, daß die Wundesbehörde der Sowjetdelegation zugesichert habe, während ihres Aufenthaltes in der Schweiz jedem russischen Emigranten die Einreise zu verweigern, soll nicht richtig sein.

## Amerika nimmt am Sicherheitsausschuß nicht teil.

Genf, 29. November. Von zuverlässiger Seite wird heute oberd mitgeteilt, daß die amerikanische Delegation auf Grund strikter Weisungen aus Washington sich an der Bildung des Sicherheitsausschusses nicht beteiligen wird und zwar wird die amerikanische Delegation in den Sicherheitsausschuß weder einen Delegierten noch einen Beobachter entsenden. Der Führer der amerikanischen Delegation, der Gesandte in Bern, Wilson, wird voraussichtlich in einer der ersten Sitzungen der Kommission den Standpunkt der amerikanischen Regierung zu dem Sicherheitsausschuß bekannt geben.

Wahl drehten. Dort sind beide Parteien ziemlich gleich an Wählerzahl. Nunmehr sollen die politischen Wahlen in der Pfalz mit einer gemeinsamen Liste durchgeführt werden; für die Landtagswahlen trägt diese Liste das Kennwort „Bayerische Volkspartei“, für die Reichstagswahlen „Zentrum und Bayerische Volkspartei“. Bei der Ausfertigung der gemeinsamen Wahlzettel sind beide Parteien gleichberechtigt. Auf die Reichstagsliste kommt an erster Stelle ein Kandidat der Bayerischen Volkspartei und an zweiter Stelle ein solcher des Zentrums.

## Litauen—Polen.

Keine Umbildung der Regierung in Rowne. Allen Anschein nach sind die Verhandlungen über eine den verschiedenen innenpolitischen Wünschen mehr gerecht werdende Umgestaltung der litauischen Regierung gescheitert. Wenn man den aus Rowne selbst kommenden Mitteilungen Glauben schenken darf, ist eine Änderung des Kabinetts nicht mehr wahrscheinlich, und die Armee soll geschlossen hinter dem Staatspräsidenten Woldeparas stehen.

Die Absicht bis zu dem Präsidenten vorgebrungener Offiziersdeputationen wird damit erklärt, daß sie Aufregungen ihrer Besorgung, aber auch ihrer Treue von sich geben wollten.

## Eine polnische Rundnote.

Die polnische Regierung hat, auch in Berlin, eine Rundnote an die Mächte gerichtet, in der sie die ihr nachgefragten feindlichen Absichten gegen Litauen als nicht existierend darstellt. Polen versichert, es verfolge keinerlei Absichten gegen die polnische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit der Litauischen Republik. Es habe einzig das Ziel im Auge, in friedlichem Geiste normale, auf nachbarliche Beziehungen mit Litauen anzuknüpfen. Die polnische Regierung hofft, daß die Regierungen alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um dem von der litauischen Regierung beharrlich proklamierten Kriegszustand



von Guérard, Domkapitular Leicht, die Vorsitzenden der Fraktionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei im Reichstag.

zunahme herbeigeführt. Weiter wird in den Verhandlungen festgelegt die Regelung der Beziehungen der Parteienorganisationen und der Parteipresse in der Pfalz und im rechtsrheinischen Bayern und die Regelung der gemeinsamen Durchführung der Landtags- und Reichstagswahlen. Ein paritätischer Ausschuss trifft alle Maßnahmen zur Befriedigung im Falle von Streit und Streitigkeiten über Mißverständnisse. Auch in Kommunalvertretungen soll die Arbeitsgemeinschaft durchgeführt werden. Der Einigung sind längere Verhandlungen vorausgegangen, die sich hauptsächlich um die Mandatsverteilung in der

## Arbeitsgemeinschaft Zentrum—Bayerische Volkspartei.

### Endgültiges Abkommen.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt unter dem Vorsitz des Reichstagslers Dr. Marx im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Die Verhandlungen beschäftigten sich in erster Linie mit den Richtlinien, die zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei über eine künftige Arbeitsgemeinschaft vereinbart worden sind. Der Reichsparteivorstand genehmigte einstimmig diese Richtlinien.

Vor einigen Tagen waren die Richtlinien schon in Regensburg von Vertretern beider Parteien aufgestellt und dann von der Bayerischen Volkspartei gebilligt worden. Sie wurden jetzt für das Zentrum von Dr. Marx, für die Bayerische Volkspartei von dem Vorsitzenden, Abg. Speck, unterzeichnet.

### Einheitliches Vorgehen.

In der Einleitung dieser Richtlinien wird betont, daß die Vereinbarungen aus dem Wunsch hervorgegangen seien, ein einheitliches Vorgehen in allen politischen Fragen zu sichern, mit dem Endziel der Wiederherstellung der politischen Einheit. Zur Frage der Zusammenarbeit wird bestimmt, daß die Fraktionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei im Reichstag eine freie Arbeitsgemeinschaft bilden; die Fraktionen